

Andreas Hess

Wie liberal ist die amerikanische Demokratie?

Eine ideengeschichtliche Anmerkung

Dr. Andreas Hess, geb. 1959 in Gelsenkirchen, Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg und an der University of Western Ontario, (Kanada), Promotion an der Universität Berlin, arbeitet zur Zeit an der School of Sociology and Social Policy der University of Wales in Bangor.

Sometimes even the President of the United States has to stand naked.

Bob Dylan: „It's alright Ma, I'm only bleeding“

Europas Intellektuelle und prominente Politiker sind wieder einmal in Aufruhr. Wo während des Kalten Krieges Petitionen unterschrieben und Prominentenanzeigen geschaltet wurden, die sich kritisch mit dem jeweiligen amerikanischen Präsidenten und seiner Aussenpolitik auseinandersetzten, da erfährt der gegenwärtige Präsident Clinton unerwartet Schützenhilfe bei dem Versuch, der Strafverfolgung wegen Meineids zu entgehen. Bei dieser europäischen Solidarisierung werden sogar die Reihen geschlossen: so geht ein linker Politiker wie der frühere französische Kulturminister Jacques Lang, der das französische Kulturerbe jahrelang gegen den amerikanischen Kulturimperialismus glaubte verteidigen zu müssen, Hand in Hand mit dem eher konservativen Ex-Kanzler Helmut Kohl, der - wie einige Zeitungen berichteten - sich kaum des Erbrechens zu wehren wusste ob des Drucks des Starrschen Unter-

suchungsausschusses auf Clinton. Wer bei all dem Medienspektakel inclusive der Kritik an demselben aber genauer hinsieht, der versteht die europäischen Reaktionen (von denen Lang und Kohl sozusagen nur die Spitze des Eisbergs darstellen) nicht als kritische Selbsthinterfragung im Sinne einer Überprüfung antiamerikanischer Vorurteile, sondern eher als eigentümliche Verlängerung derselben. Hinter den solidarischen Gesten versteckt sich wie ehemals ein symbolisch aufgeladenes Amerika - besonders dort, wo sich die Argumente um angebliche „strukturelle Defizite“ (Puritanismus, Prohibitionismus, „die Medien“, etc.) amerikanischer Kultur drehen. Da hilft auch nicht der Bezug auf in Europa immer gern zitierte amerikanische Kritiker wie den Soziologen Norman Birnbaum oder den Schriftsteller Arthur Miller, die ihrerseits versuchen, sich eher europäischer Symbole der Kulturkritik zu bedienen - mit dem zweifelhaften Resultat, daß sexueller McCarthyismus und Analogien zur Hexenverbrennung noch zu den geringsten Vorwürfen gehören.¹

Nichts ist jedoch problematischer als der kulturelle Generalverdacht, der gleichermaßen vom linken und rechten politischen Spektrum kommt. Vergessen wird, daß hinter des Präsidenten Problemen mit dem Reissverschluss eine viel grössere Problematik zutage tritt, als gemeinhin angenommen wird. Fast ist man versucht, den vorschnellen Solidarisierern in Anlehnung an ein Zitat, das der Clinton-Wahlkampagne gegen Bush zugeschrieben wird, zuzurufen: „It’s about politics, stupids!“

Um gegen die total entpolitisierte „Kulturkritik“ zu argumentieren, ist es notwendig, an die ausdrücklich politische Dimension des gegenwärtigen Spektakels zu erinnern. Ich möchte zu diesem Zweck auf zwei Ebenen argumentieren, einer „beschreibenden“ und einer „normativen“ Ebene. Die beschreibende Ebene geht davon aus, daß die gegenwärtige Zuspitzung als eine politische Auseinandersetzung zwischen einem sich im Niedergang befindenden Liberalismus und einer sich im Aufstieg begriffenen konservativ-republikanischen Auffassung von Demokratie verstanden werden muss. Zu diesem Zweck möchte ich ein wenig weiter ausholen und die aktuelle Konfrontation zwischen dem Präsidenten und dem Kongress als ideologische Auseinandersetzung analysieren, deren Ursprünge tief in die amerikanische Ideengeschichte zurückreichen. In einem zweiten Schritt geht es dann um die Thematisierung der normativen Dimensionen liberaler Demokratie und um die Widersprüche, die, bedingt durch „ganz normale Untugenden“ (Judith Shklar), im amerikanischen politischen System auftreten können. Wie hoffentlich deutlich wird, sind es diese beiden Aspekte, die in Europa nicht verstanden werden und die zu Missverständnissen, um nicht zu sagen: ausgesprochenen Vorurteilen, führen.

Der ideengeschichtliche Hintergrund: Neorepublikanismus und „Liberalismus der Angst“

War es noch Clinton, der seinen vormaligen Gegenspieler George Bush davor warnte, die ökonomischen Aspekte nicht aus dem Auge zu verlieren („It’s the economy, stupid!“), so sind es Clinton und seine europäischen „Freunde“, die nicht begreifen, daß es spätestens seit dem Untersuchungsausschuss Kenneth Starrs und der Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens nicht mehr nur um eine kulturelle Revolution und Konterrevolution (Stichwort „Clinton als 67er“) geht, sondern um eine viel größere soziale und politische tektonische Verschiebung innerhalb des amerikanischen politischen und gesellschaftlichen Systems.²

1 Zur Kritik der symbolisch aufgeladenen Amerikainterpretation siehe James W. Caesar, *Reconstructing America – The Symbol of America in Modern Thought*, New Haven/London 1997.

2 Daß darüber hinaus die Feinheiten des „divided government“ innerhalb des amerikanischen institutionellen Arrangements eine große Rolle spielen, ist unbestreitbar, soll aber hier nicht noch einmal erörtert werden. Siehe dazu den ausgezeichneten und aufklärend-nüchternen Artikel von Kurt L. Shell, „Die Macht amerikanischer Präsidenten wird immer noch überschätzt“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.9.98.

Betrachtet man die politische und gesellschaftliche Geschichte der Vereinigten Staaten, dann fällt sofort auf, daß sich ideengeschichtlich zwei demokratische Traditionen in den USA durchzusetzen vermochten: Republikanismus und Liberalismus. Im folgenden möchte ich kurz zwei Ansätze vorstellen, die versucht haben, Republikanismus und Liberalismus in der amerikanischen Ideengeschichte zu verorten.

Beginnen wir mit der älteren Tradition des Republikanismus: Der an der Johns Hopkins Universität Geschichte lehrende John G.A. Pocock hat den langen roten Faden, der von den frühen republikanischen Anfängen in Europa ausgeht und bis in die amerikanische Gegenwart hineinreicht, rekonstruiert. In seiner Studie beschreibt er, wie sich republikanische Ideen von den Anfängen in Florenz und ihrer intellektuellen Reflexion durch Machiavelli, über die Auseinandersetzung im Kontext der englischen Glorious Revolution, bis hin zur amerikanischen Revolution und zum Unabhängigkeitskrieg haben durchsetzen können.³ Obwohl Pocock zunächst die Kontinuität republikanischer Ideengeschichte zum Ausgangspunkt seiner Analyse macht, ist er zugleich davon überzeugt, daß, um unter gänzlich anderen Bedingungen in Amerika Erfolg zu haben, eine radikale Reformulierung der europäisch-republikanischen Ideen notwendig war. Die bloße Übernahme des klassisch-europäischen Konzepts der Tugend, das sich in überschaubaren Verhältnissen entwickelt hatte und wirksam werden konnte, machte im amerikanischen Kontext wenig Sinn. Hinsichtlich der Größe und der internen Differenziertheit der Bevölkerung unterschieden sich die Vereinigten Staaten erheblich von den europäischen Gesellschaften; eine direkte Form der politischen Beteiligung war daher ausgeschlossen. Insbesondere nach dem ersten gescheiterten Versuch einer Staatenkonföderation gab es praktisch nur eine mögliche Antwort bezüglich der Größe des Territoriums: die der Repräsentation inklusive einer föderalen Struktur, bei der der Vorrang des Zentrums (sprich: der föderalen Regierung) gewährleistet sein musste. Auf die interne heterogene Struktur der Bevölkerung antworteten die Gründerväter mit dem System der Gewaltenteilung: die Regierung sollte so komplex sein wie die zivile Gesellschaft selbst; kein Interesse sollte die Hegemonie über das andere Interesse erlangen können. Selbst die klassisch-republikanische Idee der Tugend musste uminterpretiert werden: Tugend wurde nicht mehr verstanden als rein politische Erscheinung, sondern wurde nun in der beschleunigten Phase des Aufbruchs des Handelkapitalismus mit dem politisch-ökonomischen Interesse in direkte Verbindung gebracht. Im Kontext der Diskussion um die Tugendhaftigkeit und des ihr entgegengesetzten Extrems der Korruption, wurde das Problem der Korruption und/oder des Korruptionsverdachts externalisiert: Wo im klassischen europäischen Republikanismus die Gleichheit auf der Unterwerfung gegenüber dem Herrscher basierte, entledigten sich die Amerikaner dieser repressiven Form der Gleichheit, indem sie der britischen Crown in Parlament ihre Treue aufkündigten. Korruption war nun das, was die anderen (in diesem Fall das britische Empire) taten; die Tugend war hingegen auf Seiten der Amerikaner. Pocock verweist in diesem Zusammenhang auf eine weitere amerikanische Besonderheit - die der politischen Theologie. Im amerikanischen Kontext ist damit gemeint, daß mit der Eroberung und endgültigen Besiedlung des Westens auch die letzte Möglichkeit, Tugendhaftigkeit außerhalb der sich entwickelnden kapitalistischen Ökonomie zu demonstrieren - vor allem im Kontext der nach Westen vorrückenden Frontier und der damit einhergehenden Zivilisierung der Wildnis - an ein vorläufiges Ende gekommen war. Die einzige Möglichkeit, dies nicht als Faktum nur resignierend hinzunehmen, bestand darin, das Tugendhafte auf die Ewigkeit zu projizieren - deshalb dessen notwendig „theologischer“ Charakter und dessen Entsprechung in der Politik (als Ausdruck von und als Forderung nach tugendhaftem Handeln, ohne dabei zwischen „privat“ und „öffent-

3 John G.A. Pocock, *The Machiavellian Moment – Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition*, Princeton 1975.

lich“ zu unterscheiden). Zusammenfassend betrachtet zielt die Argumentation Pococks darauf ab, die Transformation des klassischen Begriffs der Tugend als Gegenbegriff zur Korruption im amerikanischen Zusammenhang zu beleuchten. Pocock geht davon aus, daß ein struktureller Bedeutungswandel vorliegt, der bis in die Gegenwart hinein in amerikanischer Politik und Gesellschaft wirksam geblieben ist.

Entgegen der Pocockschen Annahme, daß es eine gemeinsame republikanische Tradition gebe, die von den europäischen Anfängen bis in die amerikanische Gegenwart reiche, hebt die Harvard-Politikwissenschaftlerin Judith N. Shklar eine andere Tradition hervor, der ein besonderer Umgang der amerikanischen Gründerväter mit der Vergangenheit zugrunde liegt.⁴ Wie Shklar zeigt, waren sich die Founding Fathers des historisch absolut Neuen ihrer Situation durchaus bewusst. Das hinderte sie aber nicht daran, die europäische Vergangenheit zu studieren - gleichwohl immer mit der Absicht, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Vor allem lag ihnen daran, die Exzesse europäischer Geschichte nicht zu wiederholen. Mit anderen Worten: Was die Gründerväter beschäftigte, war zwar, wie Pocock zu Recht betont hat, das Scheitern der europäischen Republikversuche; was sie jedoch wirklich entsetzte, war die Erfahrung der Gewalt in den europäischen Kriegen. Im direkten Gegensatz zu Pocock betont Shklar daher auch, daß die Founding Fathers sich weniger auf die republikanischen Ideen eines Machiavelli beriefen (dessen Name gerade nicht für ein Eintreten für zivile Umgangsformen und eine zivile Form der Gesellschaft steht), sondern vielmehr auf die Reflexionen und Konzeptionen eines Montesquieu zum „liberalen Republikanismus“ und zu dessen Fundierung durch die Gewaltenteilung. Es ist aber nicht nur die Revision des klassischen Republikanismus durch Montesquieu und die daran anschließende Interpretation der amerikanischen Federalists, die Shklar hervorhebt. Gegen die einseitige Interpretation amerikanischer Geschichte und die Beschränkung auf die republikanische Tradition, erinnert Shklar daran, daß der liberale Einfluß, auch wenn er erst sich erst viel später entwickelte (nach einer langen „Vorlaufzeit“ eigentlich erst um die Jahrhundertwende), eine prominente und zeitweise sogar hegemoniale Stellung erringen konnte. Mit anderen Worten: Für Shklar macht die Analyse der amerikanischen Demokratie nur Sinn, wenn man den früheren Republikanismus nicht gegen den späteren Liberalismus ausspielt. Mit dem Insistieren auf dem Zusammenhang und der Kommunikation zwischen beiden Traditionen ist es für Shklar aber nicht getan; sie bezieht selbst Position und bietet ihre eigene Interpretation des Liberalismus an.⁵

Für Shklar ist es weniger der klassische Liberalismus eines John Locke, der für die Vereinigten Staaten bestimmend war, sondern vielmehr eine modernere Variante des Liberalismus, den sie als „Liberalismus der Angst“ bezeichnet. Der „Liberalismus der Angst“ hat seine eigene Geschichte, die mit Montesquieus Abscheu vor Gewalt und seiner Ablehnung von Tyrannei beginnt, sich in den Gründergeneration und insbesondere den Federalists und der Idee der Gewaltenteilung (insbesondere bei John Adams, Alexander Hamilton und James Madison) fortsetzt und seine eigentliche Bedeutung erst durch die massenhafte Erfahrung von Emigration und Exil im späten 19. Jahrhundert und im 20. Jahrhundert erfährt. Der „Liberalismus der Angst“ geht davon aus, daß es die oberste Maxime sein muss, Grausamkeit und das absolut Böse zu vermeiden. Offensichtlich erfordert eine solche Sichtweise einen anderen Umgang mit

4 Judith N. Shklar, *Political Thought and Political Thinkers*, Chicago 1998; dies., *„Redeeming American Political Thought*, Chicago 1998.

5 Shklars Kritik zielt somit nicht nur auf die einseitige Sichtweise Pococks ab, sie wendet sich auch gegen die Exzeptionalistische Schule eines Louis Hartz oder eines Seymour Martin Lipset, die im Gegensatz zu Pocock das liberale Element als das Element amerikanischer Geschichte und Demokratie ansehen. Siehe dazu Louis Hartz, *The Liberal Idea in America*, New York 1955 und Seymour Martin Lipset, *The First New Nation*, New York 1963 und *American Exceptionalism*, New York 1996.

dem Problem der Tugendhaftigkeit als der, der von republikanischer Seite und zum Teil auch vom älteren amerikanischen Liberalismus (der Lockeschen Tradition) im Verlauf der amerikanischen Geschichte immer wieder propagiert worden ist. Zugespitzt formuliert handelt es sich um den Konflikt zwischen republikanisch definierter Tugendhaftigkeit und dem liberalem Umgang mit ganz normalen Untugenden und Lastern. Ist nun Shklar's Skizzierung des „Liberalismus der Angst“ als dem spezifischen amerikanischen Liberalismus zutreffend, dann erfordert das auch eine Hierarchisierung der Laster. Anders formuliert: Wenn es dem amerikanischen „Liberalismus der Angst“ wirklich und in erster Linie um die Vermeidung von Grausamkeit und des radikal Bösen geht, dann müssen alle weiteren Untugenden als nachgeordnet erscheinen.

Zwischen Tugend und Untugend: die amerikanische Demokratie in der Zwickmühle

In einer weiteren Studie hat Shklar eine Art Phänomenologie der ganz gemeinen Laster, Untugenden und Vergehen vorgelegt.⁶ Für Shklar gehören folgende Untaten und Untugenden zu den Normalerscheinungen moderner Gesellschaften: Grausamkeit und unnötiges Leid (cruelty), Heuchelei/Scheinheiligkeit (hypocrisy), Snobismus/Arroganz (snobbery), Verrat/Hintergehen (betrayal) und Menschenfeindlichkeit (misanthropy). Shklar geht weiterhin davon aus, daß diese Untaten und Untugenden in absehbarer Zeit kaum verschwinden werden. Die unmittelbare Frage, die sich daran anschließt, ist die: Wenn es zutrifft, daß diese Untaten und Laster nicht weggewünscht werden können, welche Folgen hat dies für die liberale Demokratie? Eine weitere, zusätzliche Frage drängt sich auf: Was bedeutet der praktische Umgang mit diesen Untugenden in einer liberalen Demokratie wie der amerikanischen mit ihrer Unterscheidung von privat und öffentlich?

Shklar hat auf diese Fragen die folgenden Antworten gegeben: Es gilt klar zu unterscheiden zwischen dem „übelsten Übel“, Grausamkeit, auf der einen und den anderen Vergehen und Untugenden auf der anderen Seite. Als Anhängerin eines „Liberalismus der Angst“ muss es ihr die wichtigste Maxime sein, Grausamkeit und daraus resultierendes Leiden zu vermeiden. Alle anderen Untugenden sind dieser Maxime nachzuordnen. Für einen „Liberalismus der Angst“ steht fest, daß die Unterscheidung von privat/öffentlich im Falle von Grausamkeit bzw. ihrer Vermeidung keine Gültigkeit beanspruchen kann. Dasselbe trifft auf Untugenden wie Heuchelei, Snobismus, Hintergehen aber nicht zu. Hier ist es sogar eine Vorbedingung liberaler Demokratie zwischen „öffentlich“ und „privat“ zu unterscheiden. Maßgeblich ist zudem, ob eine der Untugenden demokratiefreundlich oder -feindlich ist. Heuchelei zum Beispiel mag als privates und öffentliches Laster nicht gut angesehen sein, es wäre aber verhängnisvoll, wollte die liberale Demokratie ein öffentliches Programm zur Abschaffung von Heuchelei anstreben. Zu unterschiedlich sind die menschlichen Standpunkte und Sichtweisen und es wäre ein moralischer Kreuzzug mit furchtbarem Effekt, wollte man der Heuchelei auf diesem Wege Herr werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Snobismus, dem man niemanden verbieten und dem außerdem nicht von vornherein ein antidemokratischer Habitus unterstellt werden kann. Problematischer ist der Verrat bzw. das Hintergehen. In Einzelfällen kann die Unterscheidung von privat und öffentlich einen Unterschied ums Ganze machen. Es kann sogar noch komplizierter werden, weil wir manche Verratshandlungen als strafbar ansehen, andere hingegen nicht. Die beiden Beispiele des Verrats, die Shklar diskutiert, Landesverrat und Ehebruch, machen deutlich, daß die Grenzziehung nicht so eindeutig ist, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag. Was zum Beispiel für den einen ein Verrat am Vaterland

6 Judith Shklar, *Ordinary Vices*, Cambridge Ma. 1984.

ist, kann für den anderen ein privates oder gar öffentliches Verdienst sein. Andererseits macht die Unterscheidung von „privat“ und „öffentlich“ Sinn im Falle des zerstörten Vertrauensverhältnisses zwischen verheirateten (oder nicht verheirateten) Partnern. So muss ein privater Bruch nicht zwangsläufig bedeuten, daß das Vertrauensverhältnis zu anderen Personen getrübt wird - besonders nicht in dem Fall, in dem einer der beiden Partner eine öffentliche Funktion ausübt. Und weiter: Selbst „private“ Menschenfeindlichkeit muss nicht zwangsläufig öffentlich negative Folgen mit sich bringen. Es kann sich um eine zutiefst menschliche Regung des Protests gegen die Erfahrung einer Welt wie sie ist handeln und sogar entgegen allen Erwartungen positive öffentliche Auswirkungen (zum Beispiel als radikale Kritik) haben.

Was Shklar mit ihrer Phänomenologie letztendlich bezweckt, ist, eine sinnvolle Unterscheidung zu treffen zwischen Untaten, die zu Grausamkeit führen und denjenigen Untugenden, deren Effekte zutiefst ambivalenten Charakter haben und die letztendlich nicht zu absolut Bösem führen, ja die sogar helfen können, Grausamkeiten zu vermeiden.

Die Clinton-Lewinsky-Affäre: zwischen Neorepublikanismus und „Liberalismus der Angst“

Sollte Shklars ‚Liberalismus der Angst‘ eine zutreffende Beschreibung der gegenwärtigen amerikanischen Politik und Gesellschaft sein, dann muss die Clinton-Lewinsky-Affäre als Symbol einer problematischen Entwicklung angesehen werden. Die Diskussion um Clinton wäre dann Ausdruck eines Abrückens vom „Liberalismus der Angst“, einem Liberalismus, der Amerika zu einer Fluchtburg für Generationen von „Bedrängten und Beladenen“ (so die Inschrift der Freiheitsstatue) hat werden lassen. Sollte sich die Kritik an den privaten Lasten von Präsidenten (und anderen Amtspersonen und/oder politischen Repräsentanten) weiterhin verschärfen, dann macht es zunehmend Sinn, nicht nur von einer Renaissance republikanischer Tugenden zu sprechen (und von einer Tugendhaftigkeit für die nicht mehr die Unterscheidung von „privat“ und „öffentlich“ zutrifft), sondern darüber hinaus von einer Hegemonie neo-republikanischer Ideen, deren Auswirkungen desaströsen Charakter haben könnten. Erinnert sei hier weniger an die „soften“ amerikanisch-prohibitionistischen Tendenzen wie sexuelle Enthaltensamkeit, Anti-Raucher und Anti-Trink-Kampagnen als vielmehr an die angeblich lasterfreien Tugenden in den Sphären von Politik und Markt. Es sind diese beiden Bereiche, von denen eine wirkliche Gefahr durch das Insistieren auf Tugendhaftigkeit ausgeht: Das vom „Liberalismus der Angst“ immer wieder geforderte System der „separation of powers“ und der „checks and balances“ würde dann von Kräften bedroht, die aus dem Innersten der gegenwärtigen Machtinstitutionen kommen. Das gleiche würde für die Kräfte des Marktes gelten, denen eine Tugendhaftigkeit zugeschrieben würde, die noch nicht einmal Marx in seiner differenziertesten Kritik zu analysieren vermochte - den religiös aufgeladene Kapitalismus.

Während im Kalten Krieg das demokratische System und der freie Markt dem östlichen Totalitarismus wehrhaft widerstanden, käme nun die Gefahr aus dem Innersten des westlichen Systems selber - durch den möglichen Siegeszug und durch die Hegemonie einer „Diktatur der Werte“ des amerikanischen Neorepublikanismus über die Kräfte des „Liberalismus der Angst“. Der amerikanische liberale Kritiker Stephen Holmes hat recht: Das Impeachment-Verfahren gegen Clinton ist in der Tat nichts weniger als eine legale, verfassungsmäßige Revolution. Es handelt sich um „...eine Lotterie der Macht, wie sie die amerikanische Geschichte noch nie gesehen hat“. Holmes warnt vor dem Fall, daß, wenn „...es dem republikanischen Kongress tatsächlich gelingen (sollte), einen demokratischen Präsidenten unter faden-scheinigen Gründen aus dem Amt zu werfen, ...unser politisches System über Nacht ein anderes

geworden (wäre)“⁷ Es ist genau diese strukturelle Transformation amerikanischer Politik und Gesellschaft, symbolisiert im Amtsenthebungsverfahren Clintons, die Clintons europäische (und amerikanische) „strange bedfellows“ nicht verstehen - vermutlich nicht zuletzt, weil sie die ideengeschichtlichen und praktischen Prämissen eines „Liberalismus der Angst“ nie verstanden oder geteilt haben.⁸

7 Beide Zitate in: Stephen Holmes, „Die allzu vielen Arme des Gesetzes“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9.10.98. Die Ergebnisse der Midterm Elections vom November und der Rücktritt von Newt Gingrich ändern an dem angesprochenen und auch von Holmes diskutierten strukturellen Dilemma nicht viel. Die Wahlergebnisse mögen dem Präsidenten und der Demokratischen Partei ein bisschen mehr politischen Spielraum gegeben haben, die „Cracks“ der tektonischen Verschiebung decken sie nur oberflächlich zu. Wer mehr über die wirklichen Auswirkungen der Verwerfung wissen will, dem sei geraten, sich insbesondere mit dem in dieser Hinsicht wegweisenden, mittlerweile als „historisch“ bezeichneten Parteitag der Republikaner in Houston im Oktober 1992 auseinanderzusetzen. Mehrere ausgezeichnete Beiträge, in dem die tektonische Verschiebung seinerzeit angesprochen wurde, finden sich in Village Voice, September 1, 1992, S. 24-40, darunter auch ein Beitrag des Journalisten Marc Cooper mit dem bezeichnenden Titel „Bringing the Cold War Home“. Zur historischen Einordnung des republikanischen Parteitages siehe auch Conor Cruise O’Briens kritische Anmerkungen in: On the Eve of the Millenium – The Future of Democracy through an Age of Unreason, New York 1994, S. 67ff.

8 Die fehlende Auseinandersetzung mit dem amerikanischen „Liberalismus der Angst“ erklärt auch die Scheinheiligkeit und Doppelmoral in der französischen Politik, insbesondere die der staatstragenden Intellektuellen wie Jacques Lang. Für diese war es offenbar kein Problem, mit Mitterands zwei Witwen (der Ehefrau und der Geliebten) öffentlich zu trauern, sich aber zugleich zu weigern, politische Schlussfolgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß ihr Präsident alles andere als ein großer Widerstandskämpfer gewesen war. Nicht nur hatte Mitterand mit Vichy kollaboriert, zudem hatte Mitterand später auch keine Probleme damit, ehemalige französische Nazigrößen und Kollaborateure zu schützen - ein Vorgang, der in den Vereinigten Staaten undenkbar gewesen wäre. Im Vergleich zu einem solchen französischen, zutiefst antidemokratischen Scheinliberalismus ist die demokratische Legitimation des gegenwärtig laufenden amerikanischen Amtsenthebungsverfahrens unbestreitbar (auch wenn man mit den politischen Motiven vielleicht Probleme hat und die möglichen längerfristigen politischen Konsequenzen - wie den Tugendterror - fürchtet).